

EINE REAKTION AUF DAS SPARPAKET

Die Gruppe „Behinderte Menschen in Not“ stellt sich vor

Erwin Riess

Die Behindertenbewegung hat im vergangenen Jahr eine scharfe politische Wende erlebt. Viele Jahre ging es um den Ausbau von Integration und Inklusion, um erhöhte Selbstständigkeit am Arbeitsplatz und im Alltag, die Finanzierung von Assistenz, Fortschritte bei der Barrierefreiheit sowie um verbesserte politische Artikulationsmöglichkeiten durch selbst betroffene Mandatäre und Mandatarinnen in Bundes- und Landesparlamenten und anderen Institutionen. Seit 2010 sind diese mühsam erkämpften Erfolge rückgängig gemacht worden. Da die offiziellen Behindertenverbände vom Sozialministerium finanziert werden, kann von ihnen nur wenig Widerstand erwartet werden. Dies auch deshalb, weil erstmals in der Zweiten Republik ein ausgewiesener Feind der Behindertenbewegung als Sozialminister alle Machtmittel in der Hand hält. Unter dem sozialdemokratischen Gewerkschafter Rudolf Hundstorfer besteht Behindertenpolitik darin, Unterstützungen zu streichen und zu kürzen sowie behinderte Menschen politisch zu entmündigen sowie als bloße Objekte der Sozialpolitik in Heime und/oder bittere Armut zu stoßen.

Behinderte Menschen aus allen Teilen Österreichs haben sich nun zusammengefunden, um gegen diese Entwicklung zu kämpfen. Die Gruppe nennt sich „Behinderte Menschen in Not“. Das Anliegen der Gruppe unterstützen bekannte Aktivistinnen und Aktivisten der autonomen Behindertenbewegung wie Gunther Trübswasser, Wolfgang Glaser, Manfred Srb, Annemarie Srb, Theresia Haidlmayr, Bernadette Feuerstein, Claudia Karoliny, Sebastian Ruppe, Pepo Mayer, Andrea Mielke, aber auch Künstler wie Sigi Maron und Otto Lechner. Sie stützt sich auf ein „Wiener Manifest“ genanntes Papier.

Das „Wiener Manifest“ der Gruppe „Behinderte Menschen in Not“

Präambel

Behinderte Menschen sehen sich dem schwersten Angriff auf die von ihnen in den letzten Jahrzehnten erkämpften Rechte ausgesetzt. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und auf allen politischen Ebenen werden die Lebensperspektiven behinderter Menschen eingeschränkt, Hilfen gestrichen, Unterstützungsleistungen gekürzt, Hilfsmittel verweigert. Gegen diesen eugenischen Generalangriff wehren wir uns mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wir, das sind behinderte Frauen und Männer, die sich den Ideen des internationalen Independent Living Movement (Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen) verpflichtet fühlen.

1. Was die Behindertenpolitik Österreichs anlangt, haben wir keine Illusionen.
2. Politik ist für uns mit existentiellen Fragen untrennbar verknüpft. Mehr denn je gilt der Satz: Nothing about us – without us!
3. Österreich unterzeichnet internationale Verpflichtungen für Antidiskriminierung, hält diese aber im nationalen Recht und im Gesetzesvollzug nicht ein. Sanktionslose Gesetze sind schlimmer als gar keine Gesetze. Wir fordern klare und transparente Gesetze, deren Nichteinhaltung strenge Sanktionen nach sich ziehen.
4. Sozialpolitiker haben keine Ahnung von unserem Leben, maßen sich aber an, für uns zu sprechen. Dies gilt besonders für die Sozialpartner, die in allen Fragen unsere Feinde sind. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Für die Damen und Herren Sozialpolitiker gilt: Wer über uns redet, hätte besser geschwiegen.
5. Weil man uns nichts oder nur Querulantentum zutraut, sind wir gezwungen, zu überraschen. Auch uns selber.

6. Wir leben in einer Gesellschaft, deren Strukturen uns ausschließen. Diese Strukturen müssen wir aufbrechen. Jammern, klagen und auf andere vertrauen hilft nichts.
7. Wer unser Leben teilt, wird ebenfalls behindert und diskriminiert. Daher sind diese Menschen Teil unserer Community. Wer mit uns kämpft, gehört zu uns.
8. Jahrelang hatten wir mit den Grünen eine Partei, die unsere Anliegen auch durch selbst betroffene Mandatäre vorantrieb und unterstützte. Diese Zeiten sind vorbei. Die derzeitige Behindertensprecherin übte sich beim Sparpaket in nobler Inaktivität. Der ÖVP-Behindertensprecher fällt den behinderten Menschen in den Rücken (Abschaffung des Kündigungsschutzes, Unterstützung des Sparpakets), die Behindertensprecher von FPÖ und BZÖ kommen als Ansprechpartner nicht in Frage und die SPÖ hat nach wie vor keine selbst betroffenen Behindertensprecher. Die derzeitige Sprecherin findet das Sparpaket auf dem Rücken der behinderten Menschen toll. Fazit: Im Parlament werden unsere Interessen von niemandem vertreten.
9. Aus der Kenntnis der Geschichte wissen wir, was unsere Gegner mit uns vorhaben – von der politischen Entmündigung, der gesellschaftlichen Exklusion über die Wiedereinführung des Regresses für Angehörige führt der Weg bis zur sozialen und medizinischen Euthanasie. Im Kampf gegen diese Gefahren entwickelt sich unsere Politik.
10. Haben Gewerkschaft, Arbeiterkammer und die Frauenministerin schon bemerkt, dass es behinderte Arbeitnehmerinnen gibt? Die Kürzungen beim Pflegegeld treffen zu neunzig Prozent alte und arme Frauen. Wir wissen: Behinderte Frauen haben es doppelt schwer. Eine fortschrittliche Behindertenpolitik muss zuerst behinderten Frauen helfen.

11. Wir sind Teil einer allgemeinen Emanzipationsbewegung. Fortschrittliche Behindertenpolitik ist nur glaubhaft, wenn sie in allen anderen gesellschaftlichen Fragen fortschrittliche Positionen einhält.
12. Wir sind nur so gut, so gut wir sind. Was wir nicht tun, tut niemand anders für uns.
13. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, hat nur eine Stoßrichtung zur Verfügung. In dieser Reduktion der Mittel liegt unsere Chance, sie wird zu einer Stärke, wenn wir sie entschlossen nutzen.
14. Wer uns ständig Lebenskosten vorrechnet, hat nicht mit uns gerechnet.
15. Man soll einen Gedanken nicht deshalb gering schätzen, weil man selber ihn hat. Wir haben diesen zentralen Gedanken. Er lautet: Selbstbestimmt leben, solidarisch kämpfen.

August 2011

Text: Erwin Riess, Proponent der Gruppe



Ziel unserer Behindertenpolitik muss sein, dem Einzelnen mehr persönliche Macht und uns als Gruppe mehr politische Macht zu verschaffen. Triebfeder und Richtschnur in dieser Arbeit ist unser Selbstrespekt. Unsere Umwelt bombardiert uns ständig mit Hinweisen, dass unser Leben bemitleidenswert, lebensunwert und unerwünscht ist, dass wir Bürger zweiter Klasse sind. Viele von uns sind mit dieser Haltung aufgewachsen und glauben selbst daran. Wir müssen uns gegen diese Gehirnwäsche impfen, denn wenn wir nicht selbst davon überzeugt sind, dass unser Leben genauso viel wert ist wie das anderer Menschen, fordern wir auch nicht die gleichen Wahlmöglichkeiten, die unsere nichtbehinderten Angehörigen, Freunde und Bekannten in allen Bereichen des Lebens haben.

Erst wenn wir davon überzeugt sind, dass wir die gleiche Lebensqualität verdienen, die andere für selbstverständlich hinnehmen, werden wir uns nicht mehr in Anstalten und Heime abschieben lassen, sondern fordern, überall wohnen zu können. Dann werden wir uns nicht länger vom Sonderfahrtdienst der Wohlfahrt verfrachten lassen, sondern behindertengerechte Anpassung aller öffentlichen Verkehrsmittel und Taxis fordern. Dann werden wir uns nicht in krankhafte Abhängigkeit von unseren Angehörigen zwingen lassen, sondern persönliche Assistenzdienste fordern, die uns freimachen. Dann werden wir nicht mehr dankbar über integrierte Teestuben und Freizeiten Freudentränen vergießen, sondern gleiche Bürgerrechte fordern. Dann werden wir uns nicht mehr unserer Behinderung schämen, uns verstecken und ein Zuschauerdasein fristen, sondern am Leben als freie und stolze Menschen teilnehmen.

Aus: Adolf Ratzka (1988), Aufstand der Betreuten – Manifest des internationalen Independent Living Movement www.independentliving.org/docs4/ratzka88a.html (Zugriff am 10.09.2011)